

Saale-Zeitung.

Ziehungswanzigster Jahrgang.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jeweintlicher Anlieferung 2,75 M., durch
den Post 3 M., monatlich 1 M., ohne
einmalig 1 M., ohne
Beziehungen werden von allen Bezugs-
stellen angenommen.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Nr. 129.

Halle a. d. Saale, Freitag den 17. März

1893.

Die Verantheilung der Militärvorlage.

Am Donnerstag hat in der Kommission des Reichstages die zweite Beratung der Militärvorlage begonnen. Zwar ist auch die Generalabstimmung noch nicht abgeschlossen, insofern hat sich schon jetzt übersehen, daß kein Beschluß zustande kommen wird, der auf den Bescheid des Reichstages zu rechnen hätte. Die Parteien haben die Vorlage, die sie in der ersten Sitzung nur inhaltlich abgeurteilt, nunmehr formulirt, insbesondere hat der Abg. Lieber im Namen des Centrums einen Gegenvorschlag vorgelegt, der die Abg. Richter seinen Antrag über die Präsenzstärke wiederholt und endlich hat auch Herr v. Bennigsen seine Vorlage in die Form eines Antrages geformt. Der Antrag des Centrums ist inhaltlich verfaßt. Neuerlich erscheint die Präsenzstärke, die er bewilligt, sehr gering, weil sie nur von 420,031 Mann die Rede ist, während der freisinnige Antrag 486,983 Mann bewilligt. Herr v. Bennigsen aber die Präsenzstärke auf nur 452,000 Mann feststellen will. Diese Differenz beruht insofern einer besonderen Prüfung, da sie ohne weiteres nicht vergleichbar sind. Das eine mal werden die Unteroffiziere eingerechnet, das andere mal nicht, hier handelt es sich um die Durchschnittsstärke, dort um die Maximalstärke. Die Hauptsache ist jedoch der Antrag des Herrn v. Bennigsen. Der Führer der nationalliberalen Partei ist bereit, der Regierung alles, mit Ausnahme von 15,000 Rekruten jährlich, also 30,000 Mann von der Präsenzstärke, die gebordert ist, zu bewilligen. Er begründet diesen Wunsch mit dem Umstände, daß die ganze geborderte Rekrutenzahl ohne Schwächung der Armee aufzutreiben, da schon seine Zahl nur unter Herabsetzung der Anforderungen an die körperliche Tüchtigkeit der Rekruten zu erreichen sein werde. Herr v. Bennigsen nimmt ferner darauf Bezug, daß es in den nächsten Jahren unbedingt sowohl an Offizieren als an Unteroffizieren fehlen werde, um die erhöhte Rekrutenzahl auszufüllen, und wenigstens teilweise haben die Vertreter der Militärverwaltung diese Beschränkung gebilligt.

Es war nun von großem Interesse zu sehen, wie sich der Reichstanzler zu dem Antrag des Herrn v. Bennigsen stellte. Dem freisinnigen Antrag hatte Graf Caprivi schon in der ersten Sitzung des Entwurfes als unannehmbar bezeichnet, den Antrag Lieber bezeichnete er ebenfalls als unannehmbar, kaum, daß er das Wort ergriffen hatte. Auf den Antrag Bennigsen wandte er dieses Prädicat nicht an; aber er war doch auch weit entfernt, sich an den Boden dieses Antrages zu stellen. Im Gegentheil, er polemisirte in scharfer Weise gegen den Inhalt des Antrages und erklärte, daß mit der Winderzählung von Truppen die bestmögliche Organisation nicht durchgeführt werden könne. Militärische Genugthuung das Angebot des Herrn v. Bennigsen keineswegs. Auch wo der Antrag Bennigsen nur die Spezialtruppen betrifft, also in seinem Zusammenhang mit der zweijährigen Dienstzeit steht, nannte Graf Caprivi die vorgeschlagenen Abzüge unbillig. Es ist also auf eine Verhinderung bis zu der Zeit in Aussicht. Inzwischen werden weitere Änderungen gebilligt, aber hervor, daß der Reichstanzler die verbündeten Regierungen über ihre Auffassung von dem Antrage Bennigsen erst zu befragen gedenkt, wenn ein fertiger Gegenvorschlag, den der Reichstag gebilligt hat, vorliegt. Eine solche Zustimmung hat Graf Caprivi bei der Besprechung über die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Darüber konnte er die verbündeten Regierungen erst fragen, wenn der formirte Gegenvorschlag fertig sei. Also wird er auch vermuthlich über die Annehmbarkeit des Antrages Bennigsen erst in einem solchen Zeitpunkt den Bundesrath befragen wollen. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Annahme des Antrages Bennigsen ausgeschlossen ist. Denn wenn dieser Antrag überhaupt die Grundlage für eine Verständigung bilden könnte, so wäre vorauszusetzen, daß der Reichstanzler die Zustimmung der Bundesregierungen ausdrücklich und rechtzeitig erklärt; andernfalls werden sich die schwankende Abgeordnete nicht erst dazu herbeilassen, für den Antrag zu stimmen und sich ihrer Meinung nach durch die Annahme eines Kompromisses unternommen zu compromittiren. Demgemäß ist vorauszusetzen, daß bei der zweiten Sitzung in der Kommission der Antrag Bennigsen einfach abgelehnt wird. Vermuthlich wird es ebenso dem Antrage der freisinnigen Partei übrig, und es ist noch der Antrag des Reichstanzlers über, und es ist nicht unmöglich, daß dieser Antrag dann eine Mehrheit finde. Wahrscheinlich ist auch dieser Fall nicht, obwohl schließlich das Centrum und die Volkspartei dafür stimmen werden. Am ehesten ist und bleibt noch ein ganzlich negatives Ergebnis der zweiten Sitzung in Aussicht. Das aber in der Zwischenzeit ein solcher Umschlag erfolge, um im Plenum durchzugehen, was in der Kommission scheiterte, dafür sprechen heute keinerlei Anzeichen. Die Stimmung hat sich nicht gebessert, und das schroffe Verhalten des Reichstanzlers gegen die Vorschläge des Herrn v. Bennigsen kann auch die Stimmung der nationalliberalen Partei nicht günstig beeinflussen. Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß die genannten Kartellparteien im Reichstage über keine Mehrheit verfügen, sondern daß die ganze Entscheidung vom Centrum abhängt. Woraus sollte man nun schließen, daß das Centrum, das nach am Mittwoch eine Fraktionsstimmung gehalten und Stellung zu dem Antrage Lieber genommen hat, in vierzehn Tagen oder drei Wochen die entgegengesetzte Haltung beobachten sollte wie heute? Wenn ein Umschlag kommen soll, dann kommt er sicher erst nach den Neuwahlen, und da scheint er allerdings nicht ausgeschlossen. Wir müssen aber auch angedacht der ganzen mehrheitlichen Verhandlungen zugestehen, daß Graf Caprivi kaum anders kann, als er thut, wenn er den Antrag Bennigsen vorerst zurückweist. Nach allen Regeln der Taktik bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als

durch Neuwahlen die Probe zu machen, ob er nicht die unverfügbare Vorlage bewilligt erhält. Fallen die Wahlen zu seinen Ungunsten aus, nun, so hat er zu Zugeständnissen immer noch Zeit. Wichtig aber scheint uns immerhin ein Zugeständnis zu sein, daß Graf Caprivi schon am Donnerstag in der Kommission machte. Er gab nämlich im wesentlichen die Stenographie an. Zwar bezeichnete er, daß die Regierung auf diesen Plänen festhalte, er fügte aber hinzu, für den Fall der Ablehnung sei sie auch bereit, anderweitige Vorschläge zu machen. Wir schließen daraus, daß besonders der allgemeine Widerstand, den die Draufseiner Vorlage gefunden hat, von vollständiger in maßgebender Stelle an der Richtigkeit und Annehmbarkeit dieser Vorlage zu zweifeln, und diese Wahrscheinlichkeit wird manche Veranlassung geben, die Stenographie des Postes heranzuziehen. Es wäre sehr erquickend, wenn der Reichstanzler sie ausdrücklich noch bestätigte, weil er ohnehin vortrug, daß sich überall auf dem Gebiete des Handels und der Industrie frischer Geist zu regen und die Wohlthat zu sehen beginne, jedoch man nur auf die Erzielung der Militärvorlage warte. In dieser Beobachtung ist etwas Wichtiges; aber ebenso wird Graf Caprivi beobachten können, daß auf große und weitverbreitete Gewerbe nichts anregender wirken könnte als seine fründliche Erklärung, daß die gegenwärtigen Stenographievorlagen zurückgegeben und die Bedeckung der Kosten der Militärvorlage auf anderem Wege gesucht werden solle.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. März. Gestern Abend entwarf Se. M. der Kaiser eine Entschloßung des kommandirenden Generals des Gardekorps Herrn v. Meerfeldt-Süßleim für Zafel. Heute vormittag unternahm der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinschaftliche Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Nach dem Schloß zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser mit dem Reichstanzler v. Caprivi am 14. d. Mts. die vorstehenden Namen der 10 Reichstämmler der Frauenhilfe für Armen- und Krankenpflege in Berlin, sowie einige Herren des Vorstandes. Darauf besuchte die Kaiserin das königliche Museum und das Elisabeth-Stinberg-Hospital. Die Kaiserin Friedrich wird, nach londoner Mittheilungen, am Montag das Schloß Windsor verlassen und sich nach London begeben, wobei sie sich 4 oder 5 Tage aufhalten wird. Sie wird dann einen kurzen Besuch in Venedig abhalten.

Berlin, 16. März. (Dtg.-Ber.) Nach kurzer Debatte wurde heute im Abgeordnetenhause die dritte Lesung des Wahlgesetzes mit einer ziemlich schwachen Majorität angenommen. Wir lassen der Leserfähigkeit wegen nochmals das neue Gesetz in seiner neuen Antragstext-Formulirung folgen:

- § 1. Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Kreise nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen getheilt. Nicht zur Abrechnung gelangen hierbei die dem Betrag von 200 M. übersteigende Staats-Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern. Für jede nicht zur Einkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 M. zum Anlaß zu bringen. Von der sich hieraus ergebenden Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler entfallen 1/3 auf die erste Abtheilung, 1/3 auf die zweite Abtheilung und 1/3 auf die dritte Abtheilung.
§ 2. Wähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, wählen in der dritten Abtheilung. Verneint sich infolge dessen die auf die erste und zweite Abtheilung entfallende Gesamtsumme, so rüdt die Bildung dieser Abtheilungen in der Art fort, daß von der übrig bleibenden Summe 1/3 auf die erste Abtheilung, 1/3 auf die zweite Abtheilung entfallen.
§ 3. Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.
§ 4. Auch in Gemeinden, welche in mehrere Wahlbezirke getheilt sind, wird für jeden Wahlbezirk eine besondere Abtheilung gebildet.
§ 5. In den Stadt- und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wahlkreise nach den Wahlen der Gemeindevorstellung nach dem Wahlbilde direkter Steuern statthat, werden diese Abtheilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1-3 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise gebildet. Unde rührt bleiben die Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen die Ausübung der Wahlrechte an die Entrichtung bestimmter Steuerleistungen geknüpft ist oder werden kann.
§ 6. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere das Gesetz, betreffend Wählbarkeit der Wahlverfahren vom 24. Juni 1891, werden aufgehoben.
§ 7. Bis zum Erlasse des Wahlgesetzes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und 115 der Verfassungsurkunde, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer Kraft gelebt.
§ 8. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft, jedoch enthält § 3 und für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten die Vorschriften des § 1, wonach bei der Bildung der Wahlbezirke die direkten Gemeindesteuern, Kreis- und Provinzialsteuern in Anrechnung zu kommen haben, erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern in Geltung.

Berlin, 16. März. Die zweite Lesung der Militärvorlage in der Kommission. Beim Beginn der heutigen Sitzung der Militärkommission lagen drei Winderzählungsanträge der Abg. Richter, Dr. Lieber und Gen. und v. Bennigsen vor. Der Antrag Richter in dert vom 1. Oktober 1893 ist den Art. 69 der Verfassung dahin, daß die Dienstzeit bei den Fußtruppen im lebenden Jahre drei Jahre betrage. Ferner soll die Friedenspräsenzstärke vom 1. Oktober 1893 bis 1. März 1896 unverändert 486,983 Mann (incl. Unteroffiziere und Beamten) bleiben. Der Antrag Dr. Lieber und Gen. läßt ebenfalls die bisherige Präsenzstärke, aber als Jahresdurchschnittsstärke, bestehen, überläßt aber die Bestimmung der Unteroffizierszahl dem Militärrath und stellt demnach als Präsenzstärke in das Ge-

setz nur 420,031 Mann ein für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1898 (also auf 5 Jahre). Als Kompensation für die Herabsetzung der Dienstzeit bei den Fußtruppen will Dr. Lieber die Dienstzeit der Kavallerie in der Landwehr 1. Aufgebots von 4 auf 3 Jahre herabsetzen. Für die fünfjährige Periode soll ferner die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen durch eine besondere gesetzliche Bestimmung gesichert werden, wodurch dem Kaiser das Recht vorbehalten bleiben soll, in Fällen nothwendiger Verstärkung der Armee die zum Ablauf der zwölfjähr. Dienstzeit zur Wehrere entlassenen Mannschaften noch im aktiven Dienst zurückzubehalten. Der Antrag Bennigsen endlich will anstatt der in der Regierungsvorlage geforderten Summe von 420,031 Mann nur 462,000 bewilligen. Ferner bewilligt er die 173 vierten Bataillone, die Verneinung der Feldartillerie um 60 Bataillone und die 7 Bataillone Eisenbahnpolizei, lehnt aber die Reorganisation von 12 Kavallerie-Regimenten, 6 Fußartillerie-Bataillonen und 4 Bionniersbataillonen ab. Die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen bleibt so lange im Kraft, als die Präsenzstärke nicht herabgesetzt wird, und so lange werden auch nur die 173 Bataillonsstärke formirt. Für das erste Jahr ist die Militärverwaltung bezeugt, einen Theil der Mannschaften über zwei Jahre hinaus bei der Fahne zurückzubehalten. Um, z. B. zu Noth eilhaft, auf die Vorlage erst einzugehen zu können, wenn die Bedarfsfrage erörtert und Behebung der Mängel der bestehenden Mehrausgaben festgelegt sei. Er hält von dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege als unbedingt gangbar nur die Erhöhung der Bionniers, gegen die Erhöhung der Bionniers und der Bionniers einzuwenden machte er erhebliche Bedenken geltend; eine Erhöhung der Bionniers durch Erzeugung des Tabaks müsse absolut ausgeschlossen bleiben. Abg. v. Bennigsen geht im Einklang mit den Anschauungen der Mehrheit der Kommission auf die Bedarfsfrage nicht ein; wenn das Bedürfnis einer Heeresvermehrung, wie er das im Prinzip thut, von der Mehrheit anerkannt werde, könne die Beschaffung der Bedarfsmittel freilich noch immer immer freier bereiten; die Aufgabe sei aber unter allen Umständen zu lösen; die Nation sei wohlhabend genug, auch diese Kosten zu tragen; er glaubt, daß eine Rekrutenquote von 45,000 Mann mehr zu erbringen ist; darüber hinaus werde erst die Zeit gehen, ob der Zuwachs an brauchbaren Mannschaften genügen sei. Dieses Angebot entwirft eine Verminderung der Rekrutenquote von 30,000 Mann. Die Verneinung der Rekrutenabgabe erhebe ihm als absolut nothwendig für die militärischen und politischen Zwecke der Vorlage, und diese Zahl wolle er mit seinen Zwecken bewilligen, obwohl dabei die Sorge bestehen bleibe, daß in den nächsten Jahren gewisse Schwächen in der Ausbildung der Rekruten hervortreten könnten, wegen Mangel an Ausbildungspersonal. Er betont ausdrücklich, daß seine Partei diesen Antrag in der bestimmten Absicht stelle, mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen. Er bitte diese, sich mit ihren Vorstellungen auf das absolut Nothwendige zu beschränken. Dr. Lieber erklärte ferner den Antrag des Centrums, von dem er sagte, daß er nicht nur von den Mitgliedern der Kommission abgelehnt sei, sondern daß mit demselben auch seine Fraktion einverstanden sei. Der Reichstanzler Graf Caprivi erklärte:

Indem Ersterer auf dem Boden der jetzigen Friedenspräsenzstärke liege, negire er die in den Motiven zur Vorlage von den verbündeten Regierungen als Zweck hingestellte „volle Ausübung der nationalen Wehrkraft“. Der Antrag v. Bennigsen acceptire dies Ziel. Lieber diejenigen Bestimmungen, in welchen er für die angeführten Worte des § 1 der Regierungsvorlage „im Allgemeinen“ und „liegt die Voraussetzung „zu Grunde“, eine andere bestimmte Fassung habe, wenn die Regierungen sich erst richtig machen können, wenn sich überlegen liege, ob und welche Form das Gesetz in ganz bestimmter An der verfassungsmäßigen Grundlage unserer Dienstpflicht dürfe nicht gerüttelt werden. Der militärische Theil des Antrages Bennigsen sei dagegen zu einer Verständigung nicht geeignet; die Militärverwaltung habe die von ihnen heraus angebotenen Forderungen in drei Gruppen getheilt: 1. Ausgleichenabgaben für die zweijährige Dienstzeit, 2. Reorganisationen 3. sonstige Verbesserungen. Die verbündeten Regierungen hätten eine fertige Organisation vorgelegt, und man biete ihnen eine Zahl, noch dazu eine völlig ungenügende. Nicht ohne Bedenken hatten die Regierungen sich entschlossen, auf die zweijährige Dienstzeit einzugehen. Sie hätten die Mittel gegeben werden, die Nachteile dieser abgegränzten Dienstzeit inwieweit zu machen. Jetzt biete Herr v. Bennigsen weniger, als dazu nöthig, und wollte der Militärverwaltung überlassen, damit auszukommen. Das sei unmöglich, ohne jene Kompensationen eine zweijährige Dienstzeit. Herr v. Bennigsen emporhebe die Ausgaben und Sparmaß, das sei schon und gewiß oft zu beherzigen; hier handle es sich aber um ganz bestimmte Bedürfnisse; deren Maß nicht herabgesetzt werden könne, wenn die zweijährige Dienstzeit überhaupt ermöglicht werden solle. Man möge die übrigen, mit der zweijährigen Dienstzeit nicht zusammenhängenden Forderungen heranziehen; die Militärverwaltung habe sie so motivirt und werde darin fortfahren; man müsse doch zeigen, wo Sparmaßkeit geübt werden könne, bisher sei das nicht gelungen. Es sei unbillig, wenn die Eisenbahninformationen gewahrt werden sollten, Inzidentelle und Bionniers aber nicht. Die immer wiederholte Ermahnung an die Regierung, sie möge die Kosten und Kosten decken, sei von der Mehrheit der Kommission nicht beachtet worden. Es sei im vorliegenden Fall die finanzielle Frage von Seiten der verbündeten Regierungen auszugehen erwogen. Billige man deren, übrigens noch gar nicht endlich geprüfte Vorlage nicht, so wären die Regierungen auch andern nicht zugänglich. Lieber die zweijährige Dienstzeit, wie er der Reichstanzler nicht zu urtheilen, aber ihm wäre, sicherlich kein Hinderniß für die Durchführung der Militärvorlage. In Bezug auf die von Herrn v. Bennigsen erwähnte wirtschaftliche Depressio müsse er sagen, daß ihm von sehr verlässlichen Stellen der Wunsch ausgegangen sei, wenn nur die Militärvorlage erst durchgegangen wäre; Handel und Wandel zeigten zahlreiche Spuren, begannen sich zu erholen, was unter der Umkehrzeit über das Schicksal der Militärvorlage litt. Major Bach (Kriegsminister) giebt an, daß über die Zahl der bisher als bedingt tauglich betrachtet, welche als vollständig einstellungsfähig von der Heeresverwaltung angesehen werden, noch 17-18,000 Mann überzählig seien, von deren Einstellung die Heeresverwaltung von vornherein Abstand genommen habe. Ebenso werde sich in der Zukunft die Zahl der untauglichen in höherem Maße vermehren, wie die Regierung in ihren

Zollschranken angenommen haben, da ich schon ganz klar erkennbar geworden ist aus dem Ergebnisse für 1892, daß aus dem Ueberfluß von 92,000 Mann, welche 1892 mehr als 1891 zur Verfügung gelangt sind, ein sehr großer Prozentsatz absolut tauglicher Mannschaften sich ergeben habe. Eine Sorge wegen ungenügender Ausbildungsergebnisse in den nächsten Jahren habe die Heeresverwaltung weit geringerer Mäße als Herr v. Bennigsen; die möglicherweise in den beiden ersten Jahren entstehende Schwächen würden durch die Verdoppelung des Curses der Offiziere beglichen werden.

Wie aus Petersburg verlautet, unterliegen die von der deutschen Regierung wegen eines Handelsvertrages mit Rußland gemachte Vorstöße gegenwärtig noch der Erwägung des Finanzministeriums. Von dem Finanzminister wird großer Werth auf einen günstigen Ausgang der Angelegenheit gelegt, da er davon überzeugt ist, daß die Herstellung besserer Handelsbeziehungen den beiden beteiligten Staaten zu großem Vortheil gereichen würde. Obgleich einige von deutscher Seite gemachte Vorstöße nicht acceptirt werden dürften, so sei doch der Finanzminister zu allen Konzeptionen bereit, welche irgend möglich sind, ohne die heimische Industrie wesentlich zu schädigen und ohne mit dem augenblicklich bestehenden Schutzsystem zu brechen.

Die nach Posen einberufene Generalversammlung des polnischen landwirtschaftlichen Centralvereins beschloß, wie das „Pol. Zeit.“ berichtet, dem Bund der Landwirthe gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen und in betreff des deutsch-russischen Handelsvertrages eine Petition an den Reichstag zu richten, in welcher derselbe gebeten wird, angesichts der gefährdeten Interessen der Landwirtschaft sich gegen alle derartigen Verträge auszusprechen, durch welche die Erziehung des landwirtschaftlichen Gewerbes erschwert werden könnte.

Die Schlußberatung der Beschlüsse der Steuerreform-Kommission über das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern und über das Ergänzungsteuergesetz liegt vor; die Schlußberatung des Kommunalabgabengesetzes soll am Freitag oder spätestens Samstag erfolgen. Die Feststellung des von dem Abg. v. Jagow erstatteten Berichtes über das ersuchte Gesetz, welches zugleich die allgemeine Frage der Steuerreform umfaßt, wird, ist noch in der laufenden Woche zu erwarten. Die anderen beiden Berichte sollen in der nächsten Woche festgestellt werden, sodas sie in der Osterpause nicht bloß von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, sondern auch von den beteiligten Kreisen der Bevölkerung einstudirt und beurtheilt werden können.

Der Kongreß deutscher Spiritusindustriellen, der gestern in Berlin tagte, und zu dem etwa hundert Delegirte der Brau- und Brennweinindustrien erschienen waren, erklärte sich durch eine Resolution, „gegen jedes Spiritusmonopol, insbesondere auch gegen das von einigen Brennereibesitzern empfohlene Schutzmonopol.“ Ein Antrag, sich im Nothfalle mit einer Steuererhöhung von 10 Proz. einverstanden zu erklären, es aber für nothwendig zu erachten, daß dieser Erhöhung eine Enquête vorausgehe, wurde abgelehnt.

Der Bundesrath ertheilte in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht mitbestimmten Staaten die Zustimmung.

Der Reichsausschuß-Gut für 1893/94 schwebt jezt nach den Beschlüssen zweiter Lesung mit 1,257,600,411 M. gegenüber der Vorlage mit 1,273,950,571 M. Die Abstriche betragen somit 16,349,960 M.

Der Reichsanwalt hat nach der „M. N.“ gestern den Kaufmann Herrn G. H. Berger aus Weiden, welcher im Namen des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller eine Eingabe überreichte, in der die Möglichkeit einer Fortsetzung und Erweiterung der Handelsvertragspolitik, insonderheit nach der Seite Rußlands hin, hervorgehoben wird. Der Herr Reichsanwalt erwiderte dem Überbringer der Eingabe, daß ihm nicht in der Richtung der verschiedenen deutschen Gewerbestände nach der Richtung der Fortsetzung der Regierung zu richten haben, deren Aufgabe es sei, zwischen den verschiedenen Interessen zu vermitteln.

Das Reichs-Verwaltungsrath hat den von ihm ressortirenden Verwaltungs- und denjenigen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, bei denen die Annahme eines Reichsverbands gelehrt oder statutenmäßig vorgeschrieben ist, Anweisungen über die jährliche Einreichung von Beschlüssen über die Beträge des Reichsverbands zugehen lassen. Die Beschlüsse sind der Bezirksvereinsvereine zu übermitteln, welche bereits die Höhe von rund 100 Millionen erreicht. Die den Bezirksvereinsvereinsvereinen bei der Verwaltung dieser großen Fonds obliegende Verantwortlichkeit kann nur am leichtesten und sichersten getragen werden, wenn sich die Verwaltung in strenger Form kontrollirt und leichteren Formen bewegt. Aus den mannigfachen vom Reichs-Verwaltungsrath erlassenen Vorschriften ist hervorzuheben, daß Ausgewinnung an Westposten dem Reichsverbands zuzuführen, Kursverläufe von demselben in Abrechnung kommen, ohne daß es einer Ergänzung dieses Fonds durch Umlage des Ausflusses bedarf.

Der so oft wiederholte Forderung, daß der Entwurf der neuen Abgabe sobald als möglich veröffentlicht werde, schließt sich nun auch die „Kreuzzeitung“ an. „Wie wir“, schreibt das Blatt, „sprechen den Wunsch aus, daß der Entwurf nach vollendetem Druck der Definitivität nicht vorzulegen werden möchte. Den Beschlüssen der Provinziallandtage kann es nur zurechnen sein, wenn eine Erörterung des Entwurfs in der Öffentlichkeit bereits vorangeschritten ist.“ Es ist in der That das geringste Maß dessen, was die Gemeinden billigerweise nach der Tendenz der Verfassung fordern können, daß man ihnen wenigstens die Kenntnissnahme einer fiktionalen Beschuldigung gewährt, die von entscheidender Bedeutung für das friedliche Leben sein kann, ehe durch das Wort der Provinziallandtage die Sache schon halbwegs ein laic accompi geworden ist.

Einen umfangreichen und belehrenden Bericht über die neuerdings wiederholte Frage des Religionsunterrichts der Kinder der Dissidenten hat anlässlich einer Petition die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses erstattet. Es ist darin ein reiches Material über die geschichtliche Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit enthalten. Gegenwärtig gegenwärtigen geschichtlichen Entwicklungen wird, wie ein Vertreter des Kulturministeriums theilweise, die Frage sehr bald an das Kammergericht gelangen und dort ihre endgültige Lösung finden.

Stuttgart, 16. März. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ erklärt auf das Ersuchen die Zeitungsgewerke für

einer Verlobung des Herzogs Nicolaus von Sachsen-Weimar mit der Prinzessin Olga Marie von Battenberg für ungenehmigt.

Wien, 16. März. Kardinal Kremser ist heute mittags mittels Extrajuges bei eingetroffen. Das Festmahl war demselben bis Koblenz entgegengeritten. Im Hofhofe waren die Epochen der höchsten Behörden und des Kaiser zur Begrüßung anwesend und geleiteten hierauf den Kardinal in feierlichem Zuge in den päpstlichen Hof. Dem, ein Tugend Hofstand und der Kardinal eine Anrede hielt. Vom Dom bewegte sich der Zug nach dem episcopalis Palais. In den Straßen, durch welche sich der Zug bewegte, bildeten Vereine und Korporationen Spalier. Die Häuser waren reich beflaggt.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Wien, 16. März. Nach einer Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Rom hat der Papst entschieden, daß das Programm für die Pilgerzüge, nach welchem in der zweiten Hälfte des April auch aus Österreich und Deutschland Pilger zu erwarten sind, durch die Festlichkeiten anlässlich der silbernen Hochzeit des Königs und der Krönung von Italien keinerlei Veränderung erleiden soll.

Wie schon gemeldet, fand der Präsident Smolka eine Zuschrift an das Präsidium des Abgeordnetenhauses, in welcher die Ueberlegung seines Reichsgeheimnisses anzeigt. Die Zuschrift ist bisher indessen noch nicht zur Kenntnis des Hauses gebracht worden, weil die Freunde und Parteigenossen Smolka's Arrangements machen, um sein Aufgeben seiner Absicht zu bewahren.

Wien, 16. März. Abgeordnetentag. Abgeordneter Bogomanyi kündigte eine Interpellation an, welche die Ueberlegung seitens der ungarischen Regierung in Rom 1884 dem Vatikan unternommen Schritte. Bogomanyi wird seine Interpellation am Schluß der Sitzung motiviren. Das Haus legte hierauf die Beratung des Budgets des Kultusministeriums fort. Nach Beendigung der Beratung über das Budget des Kultusministeriums kam es zu einem kurzen Zwischenstück zwischen dem Präsidium und mehreren der Opposition angehörigen Abgeordneten, welche behaupteten, die Verlautbarung des Debattenschlusses nicht gehört zu haben. Der Abgeordnete Julius Sorvath wurde hierbei zur Ordnung gerufen. Der Abgeordnete Bogomanyi motivirte sodann seine Interpellation betreffend die angeblich von der ungarischen Regierung im Jahre 1884 beim Vatikan unternommen Schritte. Der Präsident erklärte, daß die Regierung sich nicht begeben würde, sich in der Sache zu befassen. Der Minister des Auswärtigen Graf Lamotzky respektirte die Rechte Ungarns und gab in inneren Angelegenheiten nur auf den Wunsch der betreffenden Regierung vor. Zur Angelegenheit selbst erklärte der Ministerpräsident, daß im März 1884 sei ein Verordnen ohne amtliche Signatur und Nummer an den Vatikan beim päpstlichen Stuhl Grafen Bar abgegangen, welches nicht begreife, eine Unterlegung zu erbitten, sondern einen informellen Charakter hatte und beziehe, der päpstliche Stuhl möge auf die lebensfähige Haltung des Königs maßgebend einwirken. Das Schreiben sei auf ein mögliches Ergehen des demnächstigen Unterstaatssekretärs bezogen. Ein Verordnen mit dem heiligen Stuhle in Angelegenheiten, welche die religiösen Gefühle der Katholiken betreffen, könne nicht beanstandet werden, es bedeuete ein solcher nicht die Gestattung einer Einmischung in innere Angelegenheiten des Reiches. Auch andere Staaten hätten diese Intervention in großen Zügen angewandt, ohne daß die betreffenden Staatsmänner deshalb der Verletzung des Landes bestraft worden wären. Das betreffende Ministerium, sehr er keine Verantwortung. Was die angeblich damals erfolgte Entsendung einer hohen päpstlichen Persönlichkeit nach Rom bezugs Intervention zu Gunsten der Regierung angeht, so sei ihm davon nichts bekannt. Der Präsident erklärte, daß ein Verordnen des Kultusministeriums erklärte Graf Apolloni, wenn die fiktionalen politischen Vorlagen der Regierung zweckentfremdet seien, würden sie keine Unterlegung finden, sonst nicht. Die liberale Aufstellung in Ungarn sei keineswegs an die Exilienz eines bestimmten Ministeriums gebunden.

Schweiz. Bern, 16. März. Der Ständerath beschloß die Revision der Bundesverfassung, um der Eidgenossenschaft die Kompetenz zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Gewerbeverkehrs zu übertragen.

Großbritannien. London, 16. März. Unterhans. Der Parlamentssekretär des Nationalitäten-Komitees erklärt, die Regierung weigere sich nicht, Spanien die Erlaubnis zu einer Expedition zu ertheilen, wenn ein solches Vorhaben mit einer Einigung von dort nach Spanien zu erfolgen. Die Frage über die Auslieferung des Unternehmens und die finanzielle Sicherheit Spaniens habe sie jedoch an den Kommissaren zur Berichterstattung verwiesen, ohne vorher eine detaillierte Vermessung zu verlangen. Spanien habe sich bis jetzt an den Kommissaren nicht geäußert, woraus die gerichtliche Verfolgung des Erdwagens auf ein Tribunal sei nicht beabsichtigt. Es sei eine präliminäre Vermessung der besten Route für eine oder mehrere Expeditionen in die Kolonie an der Goldküste angeordnet. — Staatssekretär Campbell-Bannerman antwortete auf eine Anfrage, die Postenbehörden und Militärbehörden hätten ihre Ansichten über den Kanal-Zunel bisher nicht geäußert.

Paris, 16. März. Depuirtentkammer. **Abot** erklärt, der „Gaulois“ habe in seiner heutigen Nummer mitgetheilt, er (Abot) hätte Götts bitten lassen, den Namen einer betamten Persönlichkeit, welche einen Panama-Gebirge erhoben habe, nach zu nennen, worauf Abot erwiderte, daß für ihn (Götts) Schweigen dankbar zu erweisen. Er habe von einem Gerücht Kenntniss erhalten, wonach die betreffende Persönlichkeit der Posthalter einer bestimmten Macht sei. Diese Behauptung sei eine ichmagabulle Verleumdung. Es sei ferner erzählt worden, daß der Namen der betreffenden Persönlichkeit während der Verhandlung des Schwurgerichts erwähnt worden sei. Er wolle, wenn sich an den Namen der Posthalter gehandelt worden und erklärt, bevor man in solcher Weise Verunglimpfung erzeuge, sollte man sich gegenwärtig halten, daß man Franzose sei (Beifall). Der Vorleser der Abot'schen Rede hat darauf mit dem Betheiligten Götts geantwortet, welcher erklärt habe, daß er niemals eine solche Witzigkeit gehabt habe, da die in Rede stehende Persönlichkeit der Panama-Angelegenheit durchaus fern liege.

Frankreich. Paris, 16. März. Depuirtentkammer. **Abot** erklärt, der „Gaulois“ habe in seiner heutigen Nummer mitgetheilt, er (Abot) hätte Götts bitten lassen, den Namen einer betamten Persönlichkeit, welche einen Panama-Gebirge erhoben habe, nach zu nennen, worauf Abot erwiderte, daß für ihn (Götts) Schweigen dankbar zu erweisen. Er habe von einem Gerücht Kenntniss erhalten, wonach die betreffende Persönlichkeit der Posthalter einer bestimmten Macht sei. Diese Behauptung sei eine ichmagabulle Verleumdung. Es sei ferner erzählt worden, daß der Namen der betreffenden Persönlichkeit während der Verhandlung des Schwurgerichts erwähnt worden sei. Er wolle, wenn sich an den Namen der Posthalter gehandelt worden und erklärt, bevor man in solcher Weise Verunglimpfung erzeuge, sollte man sich gegenwärtig halten, daß man Franzose sei (Beifall). Der Vorleser der Abot'schen Rede hat darauf mit dem Betheiligten Götts geantwortet, welcher erklärt habe, daß er niemals eine solche Witzigkeit gehabt habe, da die in Rede stehende Persönlichkeit der Panama-Angelegenheit durchaus fern liege.

seinen Standpunkt gegenüber den ehrentümlichen Aufstellungen des Senates aufzugeben. Jamais und Salis fordern die Anerkennung der Getrautenreform und beantragen die Aufhebung dieses Einnes abgehohe Lagerordnung. Etard und Milet beantragen dagegen Liebedargung zur einfachen Lagerordnung. Die einfache Lagerordnung wird hierauf mit 282 gegen 245 Stimmen angenommen.

Norwegen und Schweden. Stockholm, 16. März. Der Reichstag sandte eine Deputation an den Staatsminister Björnsen. Der Minister ließ dem Präsidenten des Reichstages eine schriftliche Erklärung zustellen, in welcher es heißt: er könne eine derartige Deputation nicht empfangen, er könne keine andere Vertreter des schwedischen Volkes, als die gemäß den konstitutionellen Gesetzen gewählten. Er könne begreifen, daß Personen zur Erreichung eines Zweckes, der ihnen am Herzen liege, Versammlungen abhalten, aber er finde es nicht richtig, daß dies in einer Weise geschehe, als ob diese Personen neben dem Reichstag das schwedische Volk repräsentirten. Der Reichstag wird eine Deputation an den König entsenden, um dessen Ansichten über das allgemeine Stimmrecht kennen zu lernen und wird auch die Regierung selbst über diese Frage durch einen seiner Mitglieder, das zugleich dem verfassungsmäßigen Reichstag angehört, interpelliren lassen.

Spanien. Madrid, 16. März. In einer gestern stattgefundenen Sitzung des Ministerathes wurde eine Steuer von eins pro Mille auf Börsegeschäfte angenommen. Der Arbeitsminister beabsichtigt, eine Gesetzesentwurf betreffend die Reorganisation der Körperschaft der Arbeitervereine einzubringen.

Türkei. Konstantinopel, 16. März. Die „Agence de Constantinople“ erklärt auf Grund neuer Informationen, daß die Nachricht von der Ernennung eines neuen Gouverneurs von Kreta durch den türkischen Regierungsbüro verfehlt.

Rumänien. Bukarest, 16. März. Der Senat hat den Handelsvertrag mit Frankreich einstimmig und denjenigen mit der Schweiz mit 78 gegen 17 Stimmen angenommen. Das Gericht hat die Erbschaftsfrage der Erben Babo's anerkannt und angeordnet, dieselben in den Besitz der Erbschaft zu legen.

Serbien. Belgrad, 16. März. Gelegentlich der letzten Sitzungen sind in mehreren Wochenschriften Aufzeichnungen seitens der Abthaler vorgekommen, welche ein Einbrechen der bewaffneten Macht nöthig machten. Hierbei wurde in Pestoban und Vukobran in den Wäldern Gebrauch gemacht. Mehrere Personen wurden verletzt, unter denen einem Gerichte zufolge 14 radikale Abgeordnete befinden sollen.

Bulgarien. Sofia, 16. März. Der Spezialist Professor Postler, welcher in großer Gemüthsleidenschaft an den Hof des kaiserlichen Fürsten Ferdinand von Bulgarien berufen worden war, hat vorgeschlagen, auf demselben eine Operation zweier schmerzhafter Operationen vorzunehmen.

Afganistan. Nach einer Meldung des „Netherlands Bureau“ aus Kalkutta vom gestrigen Tage sind durch einen Abgeordneten des Emir's Abur Rahman von Afghanistan an den Vize-König von Indien Briefe überbracht worden, welche in durchaus freundschaftlicher Weise gehalten sein sollen. Der Emir von Afghanistan gesteht in den Briefen zu, daß die zwischen Indien und Afghanistan schwebende Grenzfrage in Distrikte des Kurruim-Passes auf dem Wege von Verhandlungen zu regeln wären, unterdessen sei der afganische Gouverneur angewiesen, sich jeder offensiven Aktion zu enthalten. In betreff der allgemeinen Grenzfragen sei in den Briefen des Emir's nichts gesagt, was an der gegenwärtigen Situation etwas ändere; weder acceptire der Emir die englische Sondermission nach Kabul, noch lehne er dieselbe ab. Im nächsten Monat sei die Mission jedenfalls der Höhe wegen unausführbar.

Panama-Befreiungsprozess.

Paris, 16. März. Der heutigen Verhandlung wohnte wieder ein zahlreiches Publikum bei. Der Abotat Barbu eröffnete die Verhandlungen; er hob besonders hervor, daß die Unterzeichner der Panama-Anleihe mit den gerichtlichen Verfolgungen durchsicht nicht einverstanden wären und namentlich ihr Vertrauen zu Feliens nicht verlieren hätten. Er schloß die Rede der Panama-Gesellschaft im Jahre 1887, damals seien alle Bundesstaaten der Ansicht gewesen, daß der Kaufmann verurteilt werden müsse. Dazu war es nöthig, die Genehmigung des Gouverneurs zur Ausgabe der Obligationen durch ein Wort der Kammer zu erlangen, und sich den Forderungen Bauhofs und Genossen zu unterwerfen. Im zweiten Verlaufe seines Vortrages hob er den Mangel an Zustimmung innerhalb des Ministeriums hervor, woraus die gerichtliche Verfolgung entstanden sei, kritisirte den gerichtlichen Beschluß, durch welchen Feliens verurteilt wurde und ermahnte an dessen unzulässige Verhängung. In der Beantwortung des Feliens-Bauhofs betonte Barbu, es sei durch Bauhofs eine förmliche Erklärung abgegeben worden; hätte Feliens derselben nicht Folge geleistet, so wäre dies ein Verbrechen gewesen mit dem Muth der Ministerien gewesen, hätte ein Beweis dafür erbracht worden, daß die Panama-Compagnie Feliens oder Bauhofs habe betrogen wollen. Man bemerke sich auf den toben Baron Reinach, auf den kranken Cornelius Herz und auf Arton, dessen endliche Ermittlung zweifelhaft sei. Auf eine Bemerkung des Betheiligten, daß Clemenceau wohl in der Lage sei, die verschiedenen Depeschen mitzutheilen, erwiderte der Präsident, die Depeschen länder in der Verhandlung zur Disposition, worauf Barbu auf die Gebührende hinwies, welche die Panama-Gesellschaft für politische Zweck habe ausgeben müssen, und an den Einfluß erinnerte, welchen Herz bei Clemenceau und der radikalen Partei gehabt habe. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben. Morgen wird Barbu sein Vortragen beenden.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

Für das dem gestellten Hauptmann v. Grabenrecht in Kamerun zu erachtende Denkmal sind bis jezt 8620 Mark gesammelt worden. Die Fertigstellung des Denkmals ist dem Reichstag in Aussicht genommen, den auf dem Reichstag aus charakteristischem Marmor ruhenden Säulen zu gießen und dann zu vergolden. Nachdem aber die Familie v. Grabenrecht sich bereit erklärt hat, einen etwa noch fehlenden Betrag zuzuschicken, ist es möglich geworden, auch den Wägen in Bronze auszuführen, um dem geschehenen Heiden unterer Sozialentwicklung ein den Entwürfen der französischen Wissenschaft übertragen worden. Hierfür sind noch weiteres Denkmal zu erstatten. Das Denkmal, das auf dem Reichstag angebracht wird, ist bereits in Bronze gegossen, der Wägen befindet sich in der Gießerei. Herr von Müller gedankt das Ganze im Mai d. J. vollendet zu haben.

Wie aus Weimar geschrieben wird, beabsichtigt sich der dortige Richard Wagner-Verein, lebhaft an den Communalen zum Erwerb des im Detlefsen'schen Privatbesitz (in Weimar) befindlichen Richard Wagner-Museums anzuwerben, und den dortigen Vereinigungen, welche die künstlerische Weiterbildung des großen Komponisten über den Reichstag hinaus zu betreiben beabsichtigen, den besten Antheil an der künstlerischen Angelegenheit betreffend der Anlage und Unterhaltungsbau zu bringen.



Neuheiten in schwarzen und farbigen Kleiderstoffen,
solide Qualitäten in reichhaltiger Auswahl.

Stets Vorrat am Lager. — Schwarze Schürzenreifer

Schulze & Petermann,
Halle a. S., Dieringstraße 5/1.

1 Treppen hoch, Eckhaus unterhalb des händl. Leibhauses.

Confirmations - Geschenke!



Lederwaren:
Portemonnaies, Cigarren-Etui,
Brieftaschen, Briefmappen, Schreib-
mappen, Ginfachreiß u. Noctiv-Album,
Photographie-Album.



Brochen, Medaillons, Hals-
ketten, Armbänder, Ohrringe,
Kreuze, Abketten für Herren u.
Damen,
Haarschmuck als:
Näpfe, Nadeln, Perle,
Spangen in Granate, Koralle,
Smilli, Golddouble, Ridel etc.

Größte Auswahl! Billigste Preise!
Albin Hentze, Schmeerstr. 39 alte Nr. 24 neue Nr.

Provincial-Gesangbücher für Stadt und Land
in einfach soliden sowie hochfeinsten Einbänden von 1,75 A an, auch Taschen-
ausgabe, sowie Streifen- u. Gesangbücher empfehle zu billigsten
Preisen.
Albin Hentze, Halle a. S., Schmeerstr. 39 alte Nr. 24 neue Nr.

Zur Confirmation

bringe mein großes Lager fertiger Anzüge in nur guter Qualität
effälligt in Erinnerung.
Auch empfehle ich einen Posten schwarze Cachemirs und
andere Kleiderstoffe billigst.
Confirmation-Jackets in den neuesten Schnitten und
guten Stoffen.

A. Lustig,
Dermannstraße 5, geradeüber der Schule.

Wahre Wunderkinder

erzieht man mit
Karl Koch's Nährzwieback.

Derselbe bildet den Kindern gelindes
Blut, stärkt Knochenbau und schüßt vor
den Kinderkrankheiten.

In Düten und Packeten zu 10, 20, 30
und 60 A in Carl Koch's Fabrik
hygienischer Nährmittel, Doren-
straße 1, und Heimbold & Co.,
Veitzingerstraße.

- F. W. Glaeser, Gr. Klausstraße.
- Ernst Jentzsch, Veitzingerstraße.
- Gebr. Kirchelsen, Am Bohlen.
- Garten
- Leonhard's Drogerie, Neißstraße.
- Noak & Lorenz, Gr. Steinstraße.
- G. Osswald, Geißstraße.
- F. A. Patz, Gr. Ulrichstraße.
- A. Pletsch, Fr. Schlüter-Söhne,
Wiederburgerstraße.
- H. Quaritsch, „Horn-Drogerie“.
- A. Reichardt jun., Giebigenstein.



Ein großer frischer
Französer
**belgischer
Spann-
Pferde**
bester Qualität
steht von Sonnabend
den 18. d. Mts. an
bei uns zum Verkauf.
**Streng reelle
conlaute
Verienung.**
Echt solide Preise.

Halle a. S.,
Zöpferplan, **S. Grossmann & Sohn.**

Von Sonnabend
den 18. März
heißt ein
**großer
Transport**
der besten
dänischen Spann- u. Wagenpferde
unter den bekannt reellsten Bedingungen im
Gasthof „zum Russischen Hof“ in Halle a. S.,
Fleischstraße, zum Verkauf.
Julius Gebhardt, Baruth, Mark.

Für den Anseignenheit verantwortlich: B. König in Halle.

Neumarkt-Schützen-Gesellschaft.

Der Rest der noch ausstehenden Gesellschafts-Actien ist für aus-
geloost erklärt. Die Einlösung der Actien zum Nennwerthe muss bis
zum 1. Juli d. Js. beim Liquidanten der Gesellschaft, Herrn Carl
Schumann, Gr. Steinstraße, bewirkt werden.
Eine fernere Verzinsung findet nicht statt.
Halle a. S., den 12. Februar 1893.
Der Vorstand der Neumarkt-Schützen-Gesellschaft.
Hugo Heckert.

Die überaus großen Erfolge, welche ich durch meine Akademischen
Lehr- u. Kurse für f. Damenschneiderei erzielte, haben mich zur
Gründung einer

**Frauen-Industrie- u.
Kunstgewerbeschule**

veranlaßt. **Spezialfach** bietet: „feine Damenschneiderei incl. Confection“
(Maßnehmen, Schnittzeichnen, Aufschneiden, Almschneid.) Sodann begünstigt:
1. Kurse für **Hand- u. Nähmaschinen**. Unterricht in allen in dieses
Fach gehörenden Vorkursen.
2. Kurse für **Wäsche-Confection**. Schnittzeichnen, Aufschneiden, Hand-
und Maschinennähen.
3. Kurse für **Haubtücher, Stropfen, Striden, Hüten, Hüten**.
Der Unterricht wird von nur bewährten Directorinnen unter meiner per-
sönlichen Leitung erteilt. Besuchen zu möglichem Preise, auf Wunsch in der
Anstalt. Beginn der Kurse am 6. und 7. April.
Um rechtzeitige Anmeldung bitte!

Clara Martini, Vorsteherin,
Zobienstraße 17, Wilhelmstraße-Ecke.



Nur wirklich gute Nähmaschinen
kauft man, wie vielfach anerkannt, am besten und billigsten
und unter gewissenhafter sachmännlicher Garantie in dem
Nähmaschinen-Special-Geschäft von
H. Schöning, Mechaniker,
1 Dadrigasse 1, den Kupferjalen gegenüber.
Reparaturen an allen Nähmaschinen werden von
mir selbst in eigener Werkstatt mit bester gut und billig ausgeführt.
Die vielfach billig angebotenen Berliner Nähmaschinen
halte ich zum Vergleich am Lager und gebe solche zu 50 Mk. ab.



Brillen - Klemmer

von 1 A an, mit den feinsten Kristallgläsern, in sauber und dauerhaft ge-
arbeiteten Gestellen, werden jedem Auge auf das Sorgfältigste angepaßt bei
Otto Unbekannt,
Werkstatt u. Lager für mathem., physikal. u. optische Instrumente,
Klein Schmieden quervor.

**Norddeutscher Lloyd
Bremen**

Beste Reisegelegenheit.
Nach **Newport** wöchentlich dreimal,
dabei zweimal mit **Schnelldampfern**.
Nach **Batavia** mit Postdampfern
wöchentlich einmal.
Oceanfahrt
mit **Schnelldampfern** 6-7 Tage
mit Postdampfern 9-10 Tage.
Nähere Auskunft durch
**Ed. Pitschke, Halle a. S.,
E. Weber, Hamburg,
F. G. Menge, Weissenfeld.**

Man weise andere darüber
erst recht angelegentlich
verpackungswaagen
Spezialer Apotheken
Halle a. S. Markt
Probe 50 Hgr.

Quebrachopastillen
entsprechend ein einziges Mat.
H. Marfels Patent
Bei Choleracrisen, Cholera, Typhus, Malaria,
Wundstich, Scharlach, Diphtherie, Angina,
Tuberkulose, Lähmung, Alkoholl, Verschlimmung.

In Halle:
**Aador-Apothek
und Knieke
Apothek**
(Glanzerstraße).

Die **Faber-Brauerei**
in **MÜNCHEN**
(gegründet 1593.)

versendet von hervorragenden ärztlichen Autoritäten empfohlenes
Sanitäts-Bier.
Preis pro Kiste exkl. Flaschen und Verpackung ab München:
24 Flaschen Mk. 10.— 50 Flaschen Mk. 20.—
Das echte einzig und allein von der Eberl-Brauerei hergestellte pasteurisirte
Sanitätsbier ist von höchstem Geschmack und wegen seines grossen Malzextract-
gehaltes sowohl für Reconvalensenten, Blut- und Fettarme, Blödsichtige, Nerven-
kranke, Abgemagerte, Brust- und Magenleiden, selbst bei schwacher Verdauung,
wo für Genuß eine ununterbrochene Stärkungs- und Genußmittel,

**Gratulationskarten
zur Confirmation**

empfehle
in geschmackvollen Mustern.
Albin Hentze,
Schmeerstr. 39 (alte Nr.)
24 (neue Nr.)

Für Wiederverkäufer!

Steinkugeln,
Glas- u. Porzellankugeln,
Kreisel,
Gummibälle,
Celluloid- (Horn) bälle,
Wollbälle,
Schreibebücher,
Federkasten,
Stahlfedern,
Bleistifte, Federhalter,
Gummisaufer,
Pfeifen, Briefe,
Gratulationskarten.

Billigste Bezugsquelle!
Albin Hentze,
Schmeerstraße 39 alte Nr.
24 neue Nr.

**Documenten-
Mappen**

in allen Größen von 275 A bis 4 A
Contobücher
alle Größen und Miniaturen vorräthig.
Billigste Preise.
Albin Hentze,
Schmeerstraße 39 alte Nr.
24 neue Nr.

**Conto-
Bücher,**

als:
**Cladden,
Haupt-
und Cassa-
Bücher**
empfehle
Aug. Weddy,
Veitzingerstr. 23.

Man kauft

neue u. gebrauchte Möbel jeder
Art, sowie Sacken, Camoisie
und Reparaturen-Güterrichtungen in
größer Auswahl in den Verkaufsstel-
len von
Friedrich Peileke, Geißstr. 25.

Gänsefedern 60 Hgr.

neue (größere) pr. Pfd.: Gänsefedern
federn, so wie dieselben von der Gans
fallen, mit allen Dingen 1,50 A,
füllfertigste gut entzündete Gänse-
federn 2 A, beste böhmische
Gänsefedern 2,50 A,
russische Gänsefedern 3,50 A,
prima weiße Gänsefedern 4,50 A
(von letzteren beiden Sorten
3-4 Pfd. zum großen Oberhalt völlig
ausreichend) verpackt geg. Nachnahme
(nicht unter 10 A)
Gustav Lustig,
Berlin S., Weingartenstr. 46.
Verpackung wird nicht berechnet. Viele
Anerkennungsschreiben.

**Julius Wedell,
Serges**

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41.
in braun, blau, grau, mode,
grau, marine,
à Meter 3,30, 4,20, 5,20.